



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

31. Oktober 2022
Born Rolf

P 689 Postulat Candan Hasan und Mit. über die Förderung der Alpwirtschaft und der Biodiversität / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Eine Vorbemerkung: Dieses Postulat und auch das nächste und das übernächste von Isabella Schwegler-Thürig werden wegen Erfüllung abgelehnt. Wir müssen nicht alle gleicher Meinung sein, aber seitdem ich in diesem Rat bin, zählen immer die Argumente. Auch die andere Seite hatte gute Argumente, warum sie die Vorstösse abgelehnt hat. Wir sollten jetzt nicht beginnen, mit schlechten Argumenten Dinge abzulehnen. Ich bitte auch die Regierung, dass sie ehrlich ist, denn die Forderung ist überhaupt nicht erfüllt. Ich bitte Sie, dies in Zukunft zu unterlassen. Diese Spielregeln haben wir zusammen erarbeitet, auch Sie müssen sich daranhalten. Zum Vorstoss: Wir haben in diesem Rat bereits über meine Anfrage A 579 über den Herbizid-Boom in der Alpwirtschaft diskutiert. Dieser Vorstoss war etwas provokativ formuliert. Wir haben im Rat gut diskutiert, und es wurde festgehalten, dass in den Alpen eine Intensivierung geschieht. Daran sind nicht die Landwirte schuld, daran ist auch die Direktzahlungsverordnung schuld. Sie zahlt mehr Geld für mehr Maschineneinsatz und für mehr Strukturverbesserungen. Die Landwirtinnen und Landwirte in diesem Saal und wir haben uns zusammengesetzt und uns überlegt, was wir machen können. Da gab es eine konstruktive Diskussion, und wir sind zum Schluss gekommen, dass die Arbeit, welche die Landwirte leisten, vor allem in den Alpen hart ist. Eigentlich müsste man die Personen loben, die sich dafür entscheiden, in den Alpen zu wirtschaften, denn es ist wirklich nicht einfach. Wir haben miteinander besprochen, was man tun könnte, und sind dann zu den Alpbewirtschaftungsplänen gekommen. Die Regierung sagt, dass es im Kanton Luzern innovative Landwirte gibt, die etwas tun wollen und zukunftsgerichtet denken. Diese tun das freiwillig und zahlen Zehntausende von Franken aus der eigenen Kasse, damit sie das tun können. Aber das ist eine sehr gute Investition. Nach den Alpbewirtschaftungsplänen geht man mit einer Fachperson das Land ab und bespricht, wie man hier ideal produzieren und gleichzeitig die Natur schonen kann. Es ist spannend, was man mit gewissen Umlegungen erreichen kann. Die Regierung schreibt, dass sie das nicht unterstützen möchte. Wenn Sie das nicht unterstützen möchten, dann müssen Sie den Vorstoss ablehnen, und das nicht wegen Erfüllung. Sie erfüllen den Vorstoss nicht. Ich habe das schon einmal schriftlich dem Regierungsrat erklärt, das betrifft die Umsetzung der Biotope und Moore. Alle Moore in diesem Kanton sind geschädigt, und deshalb ist es umso wichtiger, dass wir hier etwas tun. Die Moore machen nur 2 Promille der Fläche des Kantons aus, aber sie speichern so viel CO₂, wie wir alle im Kanton Luzern in 100 Jahren ausstossen. Darum müssen wir sind unbedingt schützen. Es ist auch nicht falsch zu sagen, dass es der Regierung manchmal ein wenig an Kompetenzen fehlt bezüglich

Umwelt- und Naturschutz. Deshalb danke ich für die Unterstützung der anderen Unterzeichnenden. Ich hoffe, dass diese immer noch da ist, auch wenn die Regierung anderer Meinung ist. Ich danke für die Erheblicherklärung.

Thomas Grüter: Für die Mitte ist die Stellungnahme der Regierung zu diesem Postulat mit den Begründungen stimmig und nachvollziehbar. Ja, wer schon möchte nicht, dass die Schweiz und insbesondere der Kanton Luzern eine Alpbewirtschaftung haben, welche in möglichst hohem Masse biodiversitätsfördernd ist. Der Postulant möchte dieses unter anderem mit Bewirtschaftungsplänen und einem reduzierten Pflanzenschutzmitteleinsatz erreichen. Die aufgezeigte Flächenbewirtschaftung in der Stellungnahme der Regierung zeigt aber auf, dass die rechtlichen Grundlagen bereits jetzt schon einen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbunden mit Bewilligungsaufgaben sehr einschränken. Weiter wird aufgezeigt, dass schon 80 Prozent der Weiden eine hohe ökologische Qualität aufweisen und ein grosser Teil dem Moorschutz unterliegt. Sie stimmen mir zu, dass demzufolge die Alpbewirtschaftenden und Alpbewirtschafteter einen grossen Teil der Hausaufgaben angegangen sind und erledigt haben. Selbstverständlich sind diese nie abgeschlossen und bedürfen sehr vieler Handarbeit. Im Weiteren ist bei den anteilmässig wenigen Betrieben, bei welchen ein Massnahmenplan umgesetzt werden musste, eine Sanierung ausschliesslich mechanisch erfolgt. Weiter sieht die Direktzahlungsverordnung diverse Auflagen bezüglich eines übermässigen Einsatzes von Dünger und der Zufuhr von Futtermitteln vor. Bei allen Massnahmen, welche auf Stufe Bund und Kanton zu diesem Thema bereits getroffen und grösstenteils umgesetzt wurden, beurteilen wir die weitere Einführung von Bewirtschaftungsplänen als überflüssig. Die Mitte ist der Meinung, dass sich die Kontrollorgane ihrer Verantwortung bewusst sind und zusammen mit den Bewirtschaftenden und Bewirtschafteter notwendigen Korrekturen mit den richtigen Massnahmen vornehmen und es dazu keine weitere Bürokratie braucht. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Andreas Bärtschi: Die FDP anerkennt die hohe Bedeutung der Biodiversität und ist froh, dass unser Kanton vor knapp zwei Jahren die Strategie zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität im Kanton Luzern verabschiedet hat. Gerade in der Alpwirtschaft wird dieser hohen Wichtigkeit bereits heute Rechnung getragen. Rund 5400 Hektaren beziehungsweise rund 80 Prozent der Weiden weisen bereits heute eine hohe ökologische Qualität auf. Damit begnügt sich der Regierungsrat aber nicht. Die Regierung legt in ihrer Antwort dar, welche Massnahmen zusätzlich ergriffen werden. Bei allem Engagement der öffentlichen Hand darf man aber nicht vergessen, dass es auch Eigenverantwortung und Eigeninitiativen seitens der Landwirtschaft braucht. Aus diesen Gründen teilt die grosse Mehrheit der FDP-Fraktion die Einschätzung des Regierungsrates und lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Urs Brücker: Ich spreche gleich zu den Postulaten P 689 und P 713. Die GLP teilt die Haltung der Regierung und lehnt beide Postulate ab. Mit dem Postulat P 689 wird verlangt, dass der Regierungsrat eine biodiversitätsfördernde Landwirtschaft betreibt oder darauf hinarbeitet. Der ausführlichen Stellungnahme kann man entnehmen, dass in Bezug auf die geforderten Aspekte schon sehr viel unternommen wird. Der Regierungsrat verweist auch auf die Antworten auf die Anfrage A 579. Insbesondere verweist er auf die Bestimmungen und die umfassenden Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Sömmerungsgebiet des Kantons Luzern. Zum Postulat P 713: Ich verstehe nichts von diesen Pestiziden, und ich kann nicht beurteilen, ob die 56 Liter des Wirkstoffes Cypermethrin und 0,5 Liter des Wirkstoffes Alpha-Cypermethrin, welche 2021 im Luzerner Wald eingesetzt wurden, wirklich ein existenzbedrohendes Thema für Mensch und Tier in unserem Kanton sind. In seiner Stellungnahme weist der Regierungsrat darauf hin, dass der gänzliche Verzicht auf die Pestizide als Holzschutzmittel in Ausnahmefällen aktuell noch nicht möglich ist. Die weitere Reduktion des Einsatzes der Pestizide im Wald ist aber klar das Ziel. Gemeinsam mit der Wald- und Holzwirtschaft und auch den Hochschulen will sich der Kanton für die Entwicklung der Alternativen einsetzen. Das entspricht dem, was der Postulant mit dem Postulat P 713 fordert.

Willi Knecht: Die Förderung der Alpwirtschaft und die Bekämpfung der Verbuschung

unterstützt natürlich auch die SVP. Daher hegen wir grundsätzlich Sympathien für das Postulat. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme plausibel und glaubwürdig auf, dass bereits heute viel zugunsten einer biodiversitätsfördernden Alpwirtschaft unternommen wird. Weitere Massnahmen sind auch aus Sicht der SVP nicht notwendig. Aus diesen Gründen folgt die SVP-Fraktion der Regierung und lehnt das Postulat wegen Erfüllung einstimmig ab. Ich habe noch eine Schlussbemerkung zum Votum von Hasan Candan: Dank dem Klimawandel wird die Alpwirtschaft in Zukunft automatisch gefördert. Die verlängerte Vegetationszeit beeinflusst auch die alpine Pflanzenwelt positiv, und die Alpweiden können früher und länger bestossen werden. Für die Alpwirtschaft sind das also gute Voraussetzungen, könnte man meinen, das Ganze hat nur einen Haken, das ist der Wolf. Es ist leider zu befürchten, dass sich künftig viele Alpwirten wegen des Wolfes zweimal überlegen, ob sie die Alpen überhaupt noch bestossen. Das wäre allerdings negativ für die Fauna und Flora der Alpweiden und muss deshalb verhindert werden. Ich empfehle deshalb Hasan Candan, sofern er die Alpwirtschaft weiter fördern will, sich des Problems Wolf anzunehmen. Darum würde ich gerne einen Vorstoss in dieser Richtung unterzeichnen.

Laura Spring: Meiner Meinung nach kämpft die Alpwirtschaft mit zwei grossen Herausforderungen: Eine war diesen Sommer extrem, nämlich das Wasser und das Futter. Viele Äplerinnen und Äpler mussten die Alp vorzeitig verlassen, weil es kein Wasser mehr gab, sei es für die Tiere oder weil dadurch kein Futter mehr nachwachsen konnte. Das andere grosse Problem hat gar nichts zu tun mit dem Klimawandel, das ist nämlich die Wirtschaftlichkeit einer Alpwirtschaft. Wenn man auf einer Alp arbeitet – und ich habe bereits auf verschiedenen gearbeitet –, steht man am Morgen um 3.30 Uhr auf, um die Kühe für das Melken zu holen, und man geht am Abend um 24 Uhr ins Bett. In den ersten vier Wochen auf der Alp ist das sicher so, man hat häufig keine Zeit für Biodiversitätsmassnahmen. Die allermeisten Äplerinnen und Äpler wüssten, was man tun müsste. Man müsste Tännli schwingen, man müsste das Unkraut manuell bekämpfen, aber man hat fast keine Arbeitsressourcen. Man ist froh, wenn man gut zu den Tieren schauen kann und den Käse im Griff hat. Man hat wichtige Arbeit geleistet, wenn man am Schluss des Sommers alle Tiere heil heruntergebracht hat. Ich finde es frech, den Äplerinnen und Äplern einfach «Eigenverantwortung» zu sagen. Die Tage sind massiv ausgefüllt. Wenn man ein richtiges Unkrautproblem hat, schafft man das nicht allein. Es werden im Postulat weitere Massnahmen vorgeschlagen wie zum Beispiel Zivildiensteinsätze. Schulklassen und Städterinnen und Städter sollten einmal einen Tag auf der Alp durchstehen und bei der Unkrautbekämpfung mithelfen. Das würde die Sensibilisierung für die Probleme auf den Alpwirtschaften erhöhen. Dann hätten wir zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Es ist sehr wichtig, dass der Kanton Luzern die Probleme auf den Alpen ernst nimmt. Ich kenne viele, die sich aus verschiedenen Gründen überlegen, ob sie überhaupt noch auf die Alp gehen sollten. Es ist sehr wichtig, dass wir das nicht an diese abschieben. Für den Lohn, den man dort verdient, würden die meisten in diesem Saal keinen Strich machen. Es ist wichtig, dass wir unsere Verantwortung übernehmen und einem solchen Postulat zustimmen, das vielseitige Massnahmen vorschlägt, denn das unterstützt die Äplerinnen und Äpler.

Hasan Candan: Willi Knecht hat mir einen Steilpass gegeben. Er hat alle Entwicklungen aufgezählt, weshalb man den Vorstoss unterstützen muss. Der Klimawandel kommt, dann haben die Alpen viel mehr Probleme mit dem Wassermanagement. Der Wolf ist wieder im Mittelland. Es kommen so viele Herausforderungen auf die Alpbewirtschaftung zu. Wir anerkennen diese. Wenn die Alpbewirtschaftler mehr tun, als vorgeschrieben ist, dann sollten sie unterstützt werden. Diese Aufgabe ist nicht einfach, und ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich werde nicht zum Wolf sprechen, und ich werde die Argumente eher sachlicher begründen. Ich möchte im Speziellen auf den Wortlaut des Postulats hinweisen. Die Regierung wird beauftragt, darauf hinzuarbeiten, dass die Alpwirtschaft biodiversitätsfördernd erfolgt und weitere Massnahmen zur Unterstützung und Förderung dieses Zwecks ergriffen werden sollen. Das tun wir, es wurde aber nicht explizit eine

finanzielle Unterstützung gefordert. Ich habe gespürt, dass Sie an eine finanzielle Unterstützung gedacht haben. Wir konnten das Postulat wegen Erfüllung ablehnen, weil wir viele andere Massnahmen ergriffen haben, aber keine finanziellen Massnahmen sehen. Wir sehen hier im Speziellen die Betreiber in der Verantwortung. Es sind 241 Betriebe im Kanton Luzern, die rund 6800 Hektaren Sömmerungsgebiet bewirtschaften. Rund 80 Prozent dieser Flächen weisen eine hohe ökologische Qualität auf. Für 1600 Hektaren wurden mit den Bewirtschaftern Naturschutzverträge abgeschlossen, 80 Prozent davon mit Moorschutz als Grundlage. Die Alpen im Kanton Luzern werden also zu einem sehr grossen Teil biodiversitätsfördernd bewirtschaftet. Das ist unbestrittenermassen sehr wichtig und entspricht dem Planungsbericht Biodiversität. Zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln möchte ich festhalten, dass deren Einsatz im Sömmerungsgebiet stark eingeschränkt ist. In den letzten zehn Jahren wurden zudem im Kanton Luzern nur drei Sonderbewilligungen für Flächenbehandlungen erteilt. In den letzten fünf Jahren wurden im Kanton Luzern 36 Massnahmenpläne zur Verbuschung und zu Problempflanzen erstellt. Hier erfolgte die Sanierung fast ausschliesslich mechanisch, was natürlich zu begrüssen ist. Zur Bekämpfung von Problempflanzen und der Verbuschung hat der Kanton in Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen ein Merkblatt erstellt, und anhand dieses Merkblattes kann man der Verbuschung und den Problempflanzen entgegenwirken. Für den Erhalt der Sömmerungsweiden ist eine angepasste, schonende Unkrautbekämpfung unerlässlich, da sind wir uns einig. Die Alpbewirtschaftenden und Alpbewirtschaften setzen dafür viel Zeit und Energie ein und nehmen grösste Rücksicht auf die Biodiversität, was wichtig und richtig ist. Wir sind auch überhaupt nicht gegen Massnahmen, wie sie Laura Spring erwähnt hat, aber es ist nicht Aufgabe des Kantons, Zivildienstleistende zu vermitteln. Wenn das gewünscht wird, finde ich es sehr sinnvoll, wenn man Freiwillige einsetzt, um mitzuhelfen bei der Bewirtschaftung der Alpen. In diesem Sinn beantragen wir Ihnen, das Postulat abzulehnen. Die Bewirtschaftungsmassnahmen sind möglich, und es sind die verschiedenen Planungen möglich. Wir unterstützen das im Sinn der Begleitung, wir unterstützen das aber nicht finanziell. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat wegen Erfüllung ab.

Der Rat lehnt das Postulat mit 63 zu 35 Stimmen ab.